

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme,  
Markus Frohniauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/20080 –**

**Wirtschaftliche Beziehungen mit Nigeria intensivieren – Teilhabe und  
Selbstverantwortung stärken durch eigenstaatlich motivierte  
Geburtenverantwortung – Deutsche Wirtschaftsinteressen definieren und  
umsetzen**

### **A. Problem**

Die Antragsteller verweisen darauf, dass die Bundesregierung trotz des prioritären Rangs Nigerias im deutsch-afrikanischen Handel, seines wirtschaftlichen Gewichts auf dem afrikanischen Kontinent und der hohen bevölkerungspolitischen Relevanz in der internationalen alltäglichen Diskussion zum zentralen entwicklungspolitischen Thema „Demographie“ das Land in ihren neuen Afrika-Strategien zu wenig berücksichtigt. Angesichts der sehr geringen Bedeutung der Entwicklungshilfe im Vergleich zu den Erlösen aus den Rohstoffgeschäften und den Überweisungen von Migrantinnen sei es jedoch wenig hilfreich, die Probleme Nigerias mit Entwicklungshilfe lösen zu wollen.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/20080 abzulehnen.

Berlin, den 28. Oktober 2020

**Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Peter Ramsauer**  
Vorsitzender

**Matern von Marschall**  
Berichterstatter

**Florian Post**  
Berichterstatter

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Eva-Maria Schreiber**  
Berichterstatterin

**Uwe Kekeritz**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Matern von Marschall, Florian Post, Dietmar Friedhoff, Dr. Christoph Hoffmann, Eva-Maria Schreiber und Uwe Kekeritz**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/20080** in seiner 166. Sitzung am 18. Juni 2020 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, die gestiegene politische und wirtschaftliche Bedeutung der Bundesrepublik Nigeria sowohl auf regionaler als auch auf kontinentaler Ebene in Afrika anzuerkennen und auch international zur Geltung zu bringen.

Die Antragsteller fordern, dass die bisherige Entwicklungshilfe für die Bundesrepublik Nigeria aufgrund ihrer sehr geringfügigen Bedeutung und Wirkung gestoppt werden solle, um die Kooperation mit der Bundesrepublik Nigeria auf eine privilegierte wirtschaftliche Zusammenarbeit zu konzentrieren.

Weiterhin solle die Bundesregierung die Auswahl der Kooperationsländer in Afrika im Rahmen einer privilegierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach deutschen wirtschaftlichen Interessen ausrichten. In diesem Sinne solle die Bundesrepublik Nigeria prioritär und mit Nachdruck in die Verhandlungen einbezogen werden. Während der Verhandlungen solle man sich eindeutig zum Thema „Bevölkerungsentwicklung“ positionieren.

Der Antragsteller fordern, dass das Phänomen der illegalen Migration aus der Bundesrepublik Nigeria in die EU eindeutig thematisiert werde; zudem müsse eine verbindliche Zusicherung der nigerianischen Regierung zur Bekämpfung dieser Migration als Voraussetzung für eine Aufnahme von Beziehungen festgelegt werden.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20080 in seiner 66. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20080 in seiner 104. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20080 in seiner 75. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20080 in seiner 88. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20080 in seiner 62. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 62. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass man die afrikanische Binnenmigration beenden und verhindern wolle. Es sollte nämlich gerade das Ziel einer guten EZ sein, Migration zu beenden, denn man wolle den Ländern Perspektiven und nachhaltige Teilhabe bieten. Es wäre nicht postkolonial, wenn die Fraktion der AfD davon spreche, deutsche Wirtschaftsinteressen einfordern zu wollen. Es wäre sinnvoll, wenn deutsche Unternehmen mit deutscher Technologie vor Ort umweltgerechte und nachhaltig produzierte Produkte zum Einsatz brächten. Die Fraktion der AfD wolle, dass die Veredelung in den Ländern selber stattfinde, für Afrika in Afrika. Nigeria sei eines der bevölkerungsreichsten Länder Afrikas und vermutlich das reichste Land Afrikas. In den nächsten 32 Jahren wachse es von etwa 200 Millionen Einwohner auf 400 Millionen Einwohner; die Hauptstadt Lagos werde zwischen 150 und 160 Millionen Einwohner haben. Daraus würden sich andere Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit ergeben. Das Land sei reich an Öl, was bislang jedoch nicht vor Ort raffiniert werde, und so werde das Öl unbearbeitet verschifft. Man wolle solche Entwicklungsschritte erreichen und sehe Nigeria als zukünftigen deutschen Zielpartner. Nigeria habe Südafrika in der Produktivität lange überholt, und man wolle das Land auf dem Weg des wirtschaftlichen Aufschwungs begleiten. Dieser solle zum Wohle Nigerias und zum Vorteil der deutschen Industrie erfolgen. Dabei wäre wichtig, dass die Entwicklung nachhaltig wäre, und dazu sei es notwendig, dass man sich viel mehr mit dem Thema Geburtenverantwortung beschäftige. Nur wenn Nigeria selber begreife, dass eine Geburtenbegrenzung oder eine geringe -dynamik zu einer nachhaltigen Entwicklung führen werde, wäre man auch für und in Nigeria auf dem richtigen Weg.

Die **Fraktion der CDU/CSU** leitet ein, dass der Antrag mit dem Datum 17. Juni 2020 versehen sei, wohingegen er von den Antragstellern am 22. Januar 2020 unterschrieben worden sei. Inhaltlich werde in der Begründung auf einen bevorstehenden Gipfel des Compact with Africa (CwA) am 19. November 2019 hingewiesen. Das sei alles nicht aktuell, denn in der Zwischenzeit sei einiges geschehen. Es gebe wirtschaftliche Initiativen zur Zusammenarbeit, auch im Interesse Deutschlands, wie Afrika Grow, Afrika Connect oder das Wirtschaftsnetzwerk Afrika, die allesamt hoffentlich bald ihre Wirkung zeigen würden. Man wolle mit den Programmen der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Zusammenarbeit (GIZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Perspektiven für die Menschen in Nigeria verbessern. Das geschehe bei der KfW beispielsweise mit Mikrofinanzierungen, die positiv evaluiert worden seien. Bei der GIZ gehörten Projekte zur Unterstützung Binnenvertriebener dazu, die aufgrund der Aktivitäten von Boko Haram in großer Zahl vorhanden seien. Es gebe Ausbildungsprogramme, mit denen man den Menschen mit einer guten, nachfrageorientierten Ausbildung eine Zukunft ermöglichen wolle. Entwicklungs- und außenpolitisch bringe man Dinge voran, die das Land stabilisierten, was auch im eigenen Interesse sei. Die Bevölkerungsentwicklung sei in der Tat gewaltig, aber das Land sei auch riesengroß. Hier müsse man eine bessere Bildung, insbesondere von Frauen und vor allen Dingen deren Souveränität im Hinblick auf Nachkommenschaft und Familienplanung erreichen. Diese Dinge stärke man, und insofern brauche man den zurückdatierten und rückwärts gewandten Antrag der Fraktion der AfD, in dem ein Stopp der „bisherigen Entwicklungshilfe für die Bundesrepublik Nigeria“ gefordert werde, nicht. Die Fraktion der CDU/CSU werde diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** ergänzt, dass in diesem Antrag einmal mehr die Auffassung der AfD deutlich werde, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit alleine darauf ausgerichtet sei, deutsche Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund zu stellen. In dem Antrag werde explizit ein Stopp der EZ gefordert, aber gleichzeitig werde der unkontrollierte Geburtenzuwachs kritisiert. Wenn man Gesundheitssysteme ausbaue, Bildungssysteme aufbaue und so möglichst vielen Menschen Zugang zur Bildung ermöglichen würde, dann wirke sich das auch positiv auf die Geburtenraten aus. Darüber hinaus enthalte dieser Schaufensterantrag falsche Aussagen. Um althergebrachte Feindbilder der Fraktion der AfD aufrechtzuerhalten, werde von einem massiven Problem bei brutaler Christenverfolgungen und aufgezwungener Islamisierung gesprochen. Nigeria habe jedoch eher ein fortschrittliches politisches System, in dem politische Ämter ausgeglichen besetzt würden. Wenn beispielsweise der Präsident Muslim sei, dann wäre der Vizepräsident ein Christ und umgekehrt. Es gebe lokale Probleme, die historisch traditionell

begründet seien. Es gebe sesshafte, meist christliche Ackerbauern und häufig muslimische Viehnomaden. In diesem Zusammenhang gebe es auf lokaler Ebene Auseinandersetzungen, aber strukturell versuche Nigeria, das Problem in den Griff zu bekommen. Die Fraktion der SPD werde diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** stellt klar, dass der Antrag zum einen handwerklich schlecht gemacht sei. Über die Zeitschiene sei schon berichtet worden, aber es gebe auch andere Fehler, und man frage sich, wo die wirtschaftlichen oder geografischen Daten herkommen würden. Der Antrag spreche davon, dass Nigeria das reichste Land Afrikas sei, aber im Hinblick auf die Bodenschätze gebe es faktisch reichere Länder in Afrika. Es sei ebenso falsch, dass es wirtschaftlich der wichtigste afrikanische Partner Deutschlands sei, denn in Nordafrika seien Länder wie Ägypten, Tunesien oder Marokko bedeutender als Nigeria, und das gelte auch für Südafrika. Zum anderen gehe es um inhaltliche Aspekte. Die Fraktion der FDP verstehe EZ immer auch als partnerschaftliche Hilfe oder Zusammenarbeit. Es gehe nicht um die Verfolgung egoistischer Interessen, denn dann wäre man auf der gleichen Ebene wie China. Wenn man sich für etwas uneigennützig engagiere, wie bei den Bemühungen um Stabilisierung und Frieden in Somalia, dann wirke das langfristig, was man beispielsweise an dem guten Ruf Deutschlands in Afrika sehe. Dieser Ansatz werde mit dem vorliegenden Antrag konterkariert, und deshalb werde die Fraktion der FDP ihn ablehnen. Es werde außerdem nicht adressiert, dass die großen Öleinnahmen in Nigeria nicht unbedingt gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilt würden. Es gebe nämlich reiche korrupte Eliten, die davon in erster Linie profitieren würden. Das Thema Korruption spiele jedoch in dem Antrag keine Rolle, und das gelte ebenso für das Thema Umwelt, wo gerade im Nigerdelta gravierende Probleme vorherrschten. Wenn man sich mit Nigeria beschäftigen würde, dann sollte man es auch umfassend tun und nicht nur ein wenig.

Die **Fraktion DIE LINKE** wendet ein, dass der Antragsteller beklage, dass Nigeria angesichts der Wichtigkeit für den deutsch-afrikanischen Handel in der neuen Afrikastrategie der Bundesregierung nicht ausreichend berücksichtigt würde. Gleichzeitig wolle die Fraktion der AfD die EZ aber aufgrund der sehr geringen Bedeutung und Wirkung komplett beenden. Sie solle durch eine privilegierte wirtschaftliche Zusammenarbeit ersetzt werden, und dabei gehe es einzig und allein um die Sicherung und Erschließung Nigerias als strategischen Absatzmarkt für deutsche Produkte. Nach Auffassung der Fraktion der AfD sollte es ohnehin nur noch privilegierte Wirtschaftspartnerschaften geben und die Partnerländer strikt nach deutschen wirtschaftlichen Interessen ausgewählt werden. So könnte man die Verhandlungen nutzen, um Nigeria auf eine Bekämpfung der illegalen Migration in die EU zu verpflichten. Deutschland solle sich als politischer Arm der deutschen Wirtschaftsunternehmen in Nigeria verstehen und diese Wirtschaftsmacht zur Migrationsabwehr nutzen. Als Belohnung werde sich Deutschland für die Aufnahme Nigerias in die entscheidenden internationalen Wirtschaftsforen verwenden. Gleichzeitig wolle man die Bevölkerungsentwicklung in Nigeria kritisch thematisieren und auf die negativen Auswirkungen hinweisen, um das Land zu einer eigenstaatlich motivierten Geburtenverantwortung zu bringen. Die Fraktion der AfD vertrete in einem anderen Antrag den Ansatz von Demografischer Dividende (BT-Drs. 19/20681), die Deutschland nutzen sollte. Das sei ein Widerspruch. Der Antrag strebe neokolonial nach einem „Platz an der Sonne“ für die deutsche Wirtschaft, und deshalb lehne die Fraktion DIE LINKE diesen Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht, dass man sich den Vorrednern anschließen könne. Die Fraktion der AfD verstehe Entwicklungspolitik nicht und die daraus resultierenden positiven Ergebnisse interessierten sie auch nicht. Der Antrag enthalte Aneinanderreihungen irgendwelcher Sätze und Phrasen. Es gebe Situationsbeschreibungen, aber auf bestehende Missstände werde nicht eingegangen. Die aktuellen Proteste in Nigeria und der Widerstand der Frauen und der Künstler, der bis in den Mittelstand reiche, würden nicht vorkommen. Die EZ mit Nigeria solle gestoppt werden, obwohl es dazu keine Analysen gebe. Entwicklungspolitisch sei diese Überlegung unsinnig. Der Antrag sei scheinheilig, denn es werde vorgegeben, die deutschen Interessen der Wirtschaft vertreten zu wollen. Die deutsche Wirtschaft hingegen wolle und brauche keine Unterstützung durch die Konzepte der Fraktion der AfD. Die zentrale Vorstellung sei, dass die Nigerianer darauf warten würden, dass man eine privilegierte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Nigeria, kombiniert mit dem Thema Bevölkerungsentwicklung, aufsetzen würde. Das wäre ein klares Signal, aber dazu werde es nicht kommen, denn das sei ein falscher Ansatz und erinnere in der Kommunikationsstruktur an neokoloniales Verhalten. Die Tatsache, dass man die gestiegene politische und wirtschaftliche Bedeutung Nigerias anerkennen solle, sei keine Forderung, sondern eine Tatsache, und angedachte Konsequenzen seien Propaganda. Dazu gehörten auch die Themen Bevölkerungswachstum, Migration und Christenverfolgung, denn das seien Instrumente, um Panik in der eigenen Klientel zu verbreiten. Man katapultiere die eigenen Thesen mit einem solchen Antrag in die Öffentlichkeit, und das werde wie immer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 28. Oktober 2020

**Matern von Marschall**  
Berichterstatter

**Florian Post**  
Berichterstatter

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Eva-Maria Schreiber**  
Berichterstatterin

**Uwe Kekeritz**  
Berichterstatter



